

CORPS CIVIL

# Armee für Unbewaffnete



Katastrophenübung am vergangenen Wochenende in der Nähe von Esch. Die "Croix Rouge" demonstriert, zusammen mit KollegInnen aus Deutschland, ihre internationale Einsatzfähigkeit. Ist ein staatliches "corps civil" also überflüssig? (Foto: Christian Mosar)

Seit fast zwei Jahren geistert die Idee eines zivilen aber staatlich getragenen Interventionskorps durch die Luxemburger Politik. Auch nach der Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Ben Fayot am letzten Mittwoch, steht noch immer nicht fest, wohin die Reise führt.

Angefangen hatte die Diskussion um das "corps civil" mit der Regierungserklärung Jean-Claude Junckers im Sommer 1999. Das schwarz-blaue Koalitionsabkommen sah die Schaffung eines "corps civil volontaire au sein duquel pourraient s'engager des femmes et des hommes soucieux d'apporter leur contribution à la réponse aux défis survenant dans des zones de crise, d'instabilité, de conflits ethniques, etc." vor. So schön das Vorhaben auch klang, ihm haftete von Anfang an ein gewisser Makel des militärischen an. Wie Ben Fayot am Mittwoch in seiner Interpellation hervorhob, stand der zitierte Passus nicht zufällig unmittelbar hinter dem Kapitel über die zukünftige militärische Ausrichtung Luxemburgs.

Andererseits erhärtete sich der Verdacht, die Idee eines solchen zivilen Korps sei etwas unüberlegt in das Koalitionspapier hineingerutscht: Die beiden Koalitionspartner hatten in ihren jeweiligen Wahlprogrammen davon nichts verlauten lassen. "Einen Wählerauftrag", so Ben Fayot, "hat es demnach nicht gegeben".

Was sich im Verlaufe des Jahres 1999 allerdings geändert hatte, war die Erfahrung des Kosovo-Krieges, der zwar noch unter der alten schwarz-roten Regierung über die Bühne gegangen war, aber auch von der DP in vollem Umfang mitgetragen wurde. Schon vorher hatte die Balkankrise gezeigt, dass eine rein militärische Option zur Befriedung der Region kaum ausreicht. Bereits 1992 hatten sich die Mitgliedsstaaten der Westeuropäischen Union (WEU) in der "Erklärung von Petersberg" (benannt nach dem Tagungssitz in der Nähe von Bonn) auf eine Reihe von zivil-militärischen Missionen geeinigt, mit denen die Mitgliedsarmeen, die nach dem Ende des "Kalten Krieges" auf eine neue Daseinsberechtigung warteten, betraut werden sollten.

## Militärische Erbsünde

Allerdings stellte sich bald heraus, dass die spezifisch militärische Herangehensweise, die Art des Auftretens und die zweifelhafte Glaubwürdigkeit der Armeen dem angeblichen Friedensauftrag nicht immer gerecht wurden. Häufig waren es die nicht-staatlichen Organisationen, denen es als einzigen möglich war, zwischen verfeindeten Bevölkerungsgruppen zu vermitteln oder zumindest Hilfstransporte für eingeschlossene Minderheiten zu ermöglichen. Der Kosovokonflikt hatte dieses Gefühl der militärischen Ohnmacht, trotz massivster Bombardements, noch einmal verdeutlicht.

So ist es nicht verwunderlich, dass in Luxemburg und anderswo die Idee eines zivilen Pendant zu den militärischen Interventionstruppen diskutiert wurde. Allerdings standen diese Konzepte immer im Schatten einer übergeordneten militärischen Doktrin. Die Eurogrünen hatten sich schon Mitte der 90er

Jahre für ein europäisches Zivilkorps stark gemacht. Allerdings sollte dieses zivilen Strukturen wie der UNO und der OSZE unterstellt werden, und keinesfalls unter die Fittiche von WEU und gar NATO gelangen.

Genau diese Erbsünde steht aber am Anfang des vom Luxemburger Verteidigungsminister Charles Goerens initiierten "corps civil". Schon frühzeitig hatte er zu erkennen gegeben, dass das Luxemburger Zivilkorps, wenn schon nicht direkt den Kommandostrukturen der Armee, dann doch dem Verteidigungsministerium unterstellt werden sollte. Auch der Bericht des internationalen Experten Henri Burgelin, der im Mai 2000 vorgelegt wurde, relativierte diesen Ansatz nur teilweise. Fortan wurde zwischen zwei Handlungsebenen eines solchen Zivilkorps unterschieden: zum einen die Aktivitäten im Bereich der friedensstiftenden oder -bewahrenden Missionen, die Luxemburg im Rahmen internationaler Organisationen zu erfüllen gedenkt; zum anderen der Einsatz im Katastrophenfall.

Auch wenn die endgültige Ausformung des Zivilkorps ein Jahr nach dem Burgelin-Bericht noch immer nicht klar zu erkennen ist, so sprach sich Ben Fayot in seiner Interpellation dennoch eindeutig gegen die Schaffung einer neuen Struktur aus. Bei den Friedensmissionen sei eine Trennung des zivilen und militärischen kaum möglich, und bei den Katastropheneinsätzen würde das Korps in eine direkte Konkurrenz mit der bewährten Arbeit der Nichtregierungsorganisationen treten. Croix-Rouge, Médecins sans Frontières, Caritas und Unicef hatten in diesem Sinne im Herbst schriftlich gegen das Vorhaben interveniert.

Zumindest hinsichtlich der Katastropheneinsätze scheint Goerens jetzt einzulenken. Er stimmte einer abgeänderten Motion Fayots zu, wonach die Regierung noch einmal genau überprüfen will, welches die spezifischen Bedürfnisse der Nichtregierungsorganisationen sind und ob die Schaffung eines Zivilkorps überhaupt sinnvoll ist.

Zugeknöpfter gab sich Goerens allerdings hinsichtlich der Friedensmissionen: Zwar akzeptierte er auch hier eine ebenfalls in ihrer Schärfe abgeschwächten Motion Fayots, sprach sich aber gegen die vom grünen Abgeordneten Jean Huss eingebrachte Forderung eines Friedensfonds aus. Dieser Fonds soll in den kommenden Jahren mit jenen 15 Milliarden gespeist werden, die jetzt für zusätzliche Rüstungsausgaben vorgesehen sind. Es bleibt also bei einer nachgeordneten Rolle des Zivilkorps: Es ist nicht für aktive friedensstiftende Missionen vorgesehen, sondern darf sich, als eine Art Armee von Unbewaffneten, nach den mehr oder weniger gelungenen Befriedungsaktionen von NATO und WEU mit dem Wiederaufbau beschäftigen.

Richard Graf

## Mit Jean-Claude ins 21. Jahrhundert

Wieder einmal trug Premier Juncker mit seiner diesjährigen Erklärung zur Lage der Nation eine Rede vor, die einem sozial-demokratischen Politiker alle Ehre gemacht hätte. Wenngleich sein Einstieg - die Wasserbilliger Geiselnahme - Gelegenheit bot zur Rechtfertigung des damaligen, umstrittenen Vorgehens der Regierung und zur angekündigten Aufstockung der Polizeikräfte, so sparte Juncker im gesellschaftspolitischen Teil nicht mit vielversprechenden Worten. Ein Gesetzesprojekt zur Regelung des Zusammenlebens hetero- und homosexueller Paare, die Option der Individualbesteuerung für 2005, das Recht, den Namen der Mutter zu tragen, die Abschaffung der Scheidung wegen Fehlverhaltens, die Wiederaufnahme der Debatte zur Euthanasie, die Erhöhung des Kindergeldes, die Erhöhung der Krippenplätze gehörten zu den Highlights des Junckerschen Rundumschlags. Im Bereich Arbeit gab es weniger spektakuläre Ankündigungen, abgesehen von der Bekräftigung, dass Index und "Prêretraite" unter dieser Regierung unangetastet bleiben, und dass im Horesca-Sektor endlich die 40-Stunden-Woche eingeführt werden soll. Auch Themen wie Wohnungspolitik, Lebensmittelsicherheit, Schulreform, Hochschulausbau oder Umweltschutz wurden weniger griffiger behandelt. Trotzdem: Juncker hat einmal mehr den Konservativen sowohl im eigenen Lager als auch in der DP deutlich gemacht, wo's (zumindest theoretisch) langgeht. Derweil die Strategie weiterverfolgt wird, der LSAP-Opposition das Wasser abzugraben. Möglich wird diese Schönwetter-Politik natürlich auch durch ein fast schon verblüffendes Wirtschaftswachstum, das in den nächsten Jahren - wenngleich weniger spektakulär - weiterhin anhalten wird.

## Rententisch: Großes Stühlerücken

Die Rentenforderungen von LSAP, ADR, LCGB und OGB-L sind seit längerem bekannt: üppig, üppiger, am üppigsten. Da mochte die CSV nicht als Spielverderberin dastehen, und enthüllte am vergangenen Montag ihre Vorschläge. An erster Stelle sollen mit den "ansehnlichen" Überschüssen selektive Aufbesserung finanziert werden, erklärte Fraktionspräsident Lucien Weiler der Presse. Gemeint sind Maßnahmen zur Anerkennung der Erziehungsleistung von Müttern und zur Besserstellung von Mindest- und HungerrentenbezieherInnen. Frauenfreundlich und sozial oder eine Geste für die traditionellen CSV-Zielgruppen? Heiße Eisen wie Privatversicherung, Verzicht auf Verbesserungen oder Einschränkungen für Invaliden- und Frührenten wollte die CSV wohl der DP überlassen.

Doch die stahl ihr wenige Stunden später auf der zweiten Sitzung des Rententisches die Show: Noch im Februar hatte Marco Schroell von der DP daran erinnert, wie die LSAP ihre Meinung in Sachen Renten zwischen 1998 und 1999 vollständig geändert hatte. Am Montag bewies DP-Fraktionspräsident Jean-Paul Rippinger, dass seine Partei das gleiche Kunststück binnen eines Wochenendes schafft. Ja zum 13. Monat, ja zu linearen Verbesserungen, damit überraschte die DP die Öffentlichkeit und - so wird gemunkelt - auch den Koalitionspartner.

Demnächst soll "déi Lénk" ihre Vorschläge vortragen dürfen. Dabei kann sie versuchen, ebenfalls möglichst viele Forderungen in die ihr zugestandene halbe Stunde zu pressen oder ein eigenständiges Profil zeigen. Die Grünen schließlich bringt das Sich-gegenseitig-Überbieten in eine unangenehme Lage: Eigentlich möchten sie vor den Risiken des Luxemburger Wirtschaftsmodells warnen und über nachhaltige Entwicklung diskutieren. Doch die einzigen Teilnehmer am Rententisch, die derzeit bereit wären, über etwas anderes als Verteilen zu reden, sind - aus naheliegenden Gründen - die Patronatsvertreter. Undan deren Seite möchten die Grünen ihren Stuhl wohl bestimmt nicht gerückt wissen.

